

blickpunkt

Nr. 258
Juni 1992

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Wohnwert darf nicht weiter verschlechtert werden

Immer mehr Menschen leiden auch in unserer Stadt unter Schlafstörungen durch Lärmbelästigung. Hierzu hat in erster Linie die Zunahme des Flugverkehrs beigetragen. Noch immer ist kein Ende abzusehen bei den bekannten Expansionsplänen der FAG. Aber auch der verstärkte Straßenverkehr trägt seinen Teil zu den Beeinträchtigungen bei. Die Bewohner vieler Straßen, im Stadtteil Mörfelden durch die beiden Bundesstraßen, aber auch immer mehr durch den Individualverkehr im Stadtkernbereich, sind besonders betroffen. Auch der Lärm entlang der Bundesbahntrasse wird sich nach den Ausbauplänen gewaltig verstärken. Hier wäre eine Untertunnelung in dieser lärmgeplagten Stadt wirklich von Nöten.

Auch die zunehmende Luftverschmutzung - verursacht durch Autoverkehr, Flugverkehr und Industrie - macht den Menschen zu schaffen. Die Ärzte in unserer Stadt berichten von vermehrten Atemwegserkrankungen. Asthma, chronische Bronchitis, Lungenemphysem, aber auch Allergien und Pseudo-Krupp bei Kindern, sind in unserer Region keine Fremdwörter mehr.

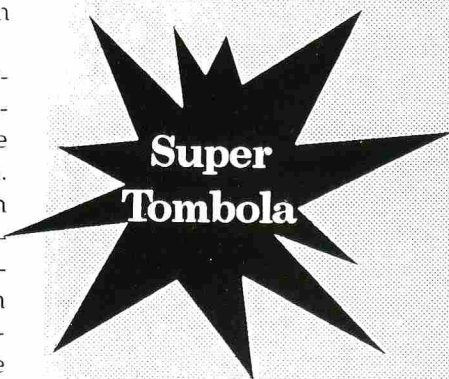
Die Naherholungsgebiete um unsere Stadt herum haben an Qualität verloren. Die Erholungsuchenden wer-

den durch Fluglärm immer mehr belästigt. Zudem haben die Wälder gewaltigen Schaden genommen durch Waldsterben, Abholzungen und verheerende Stürme, denen ganze Abteilungen zum Opfer gefallen sind. Viele suchen ihre Wochenenderholung deshalb in benachbarten Regionen und verstopfen somit wieder die Straßen.

Was ist zu tun? Bürgermeister Brehl meinte dieser Tage vor der Gewerbe-

gemeinschaft, daß er die Stadt lebenswert machen will, dem ist nur zuzustimmen. Hat er aber die richtigen Rezepte? Mit der forcierten Industrieansiedlung (in Mörfelden weitere 3000 Arbeitsplätze und in Walldorf evtl. 2000 Arbeitsplätze durch ein riesiges Bürogebäude der FAG) ist es nicht getan. Von denen, die dort einmal arbeiten werden, sind am Anfang vielleicht nur 5% aus unserer Stadt. Der Rest pendelt in diese Stadt ein und verstopft die Straßen, bringt
(Fortsetzung nächste Seite)

*Bier vom Faß,
Äppelwoi, Kaffee,
Kuchen*



grill fest

*Kinder-Spaß,
Musik, Stimmung und
die »Fraa Rauscher«*

**Samstag, 20. Juni 1992, ab 14 Uhr, im »Goldenen Apfel«
Die DKP und der »blickpunkt« laden dazu herzlich ein!**

(Fortsetzung von Seite 1)

Lärm und Luftverschmutzung. Viele werden in dieser Stadt auch wohnen wollen. Die Folge wäre eine Ausweitung weiterer Baugebiete in einem Gebiet in dem der Wohnwert sehr stark beeinträchtigt ist. Aber die Arbeitnehmer sind quasi gezwungen, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten wollen, in ihrem jetzt umgesiedelten Betrieb zu bleiben.

Wohnungsnot

Das Recht auf Wohnung ist ein Teil der Menschenrechte, aber in unserer Stadt gibt es jetzt schon 900 Wohnungssuchende die aufgrund ihres Einkommens sozialwohnungsbe-rechtigt sind, das bedeutet, daß hier-von etwa zweieinhalbtausend Men-schen betroffen sind. Hinzu kommen noch die vielen Wohnungssuchen-den ohne Anspruch auf eine Sozial-wohnung, die nicht bei der Stadt regi-striert sind.

Da ist die Fertigstellung von 35 So-zialwohnungen noch in diesem Jahr und weiteren 16 im März '93, wie ein Tropfen auf einem heißen Stein. Die etwa 800 Wohneinheiten im künftigen Wohngebiet Passage/Lange Äk-ker in Walldorf, werden die Woh-nungsnot für Wohnungssuchende aus den unteren Einkommenschich-ten kaum verbessern. Aber auch Nor-malverdiener können in unserer Stadt sich kaum noch eine Wohnung auf

dem freien Markt leisten, bei Mieten zwischen 20,— und 25,— DM/m², denn da sind schnell bei Familien mit zwei Kindern 1.500,— bis 2.000,— DM vom Lohn weg und das Ende der Mietsteigerung ist noch nicht abzu-sehen. Auch zu Wohneigentum kommt in unserer Stadt kaum noch ein Durchschnittsverdiener. Heute in-seriiert die Naussauische Heimstätte bundesweit um ihre im Steinwegge-biet errichteten 44 Reihenhäuser zu verkaufen. Der Stückpreis für 98 m² Wohnfläche, verteilt in drei Stock-werken, bei einer Hausbreite von gut vier Metern, beträgt eine halbe Milli-onMark. Damit wird die Wohnungs-not in unserer Stadt nicht verringert, es wird nur die geringe noch vorhan-dene bebaubare Fläche zugebaut.

Es muß gegengesteuert werden

Dem gewaltigen Druck von Außen (Expansion des Flughafens, Ausdehnungsgedanken der Stadt Frankfurt und des Umlandverbandes, Bestrebungen des Kapitals sich dort anzusiedeln, wo Verkehrsanbindungen, Bodenpreise und Steuern am gün-stigsten sind) muß Druck von Innen, von den Verantwortlichen unserer Stadt entgegengesetzt werden. Auch unsere Kinder und Enkelkinder sol-len unsere Stadt und ihre Umgebung noch lebenswert finden. Die deut-sche Wiedervereinigung hat der al-

ten Bundesrepublik eine Million neue Arbeitsplätze gebracht und gleich-zeitig wurden auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, 2,5 Millionen Men-schen arbeitslos. Es muß nicht alles in unsere Region gepumpt werden. Z.B. gibt es im Vogelsberggebiet Gemein-den die sich seit 50 Jahren nicht ver-größert haben. Von dort fahren die Pendler täglich 80 km bis in das Rhein-Main-Gebiet zu ihrer Arbeit. Weiterer Ausbau von Gewerbe- und Wohn-gebieten in unserer Stadt führt zu weiteren Kosten für die Stadt. Schon jetzt fehlen zwei neue Kindergärten und ein Kinderhort. Der gesamte Ab-wasserbereich und die Kläranlage werden zur Zeit erneuert für 75 Mil-lionen Mark, wenn man dem Druck von Außen nachgibt steht die näch-ste Erweiterung bereits an. Das Was-serwerk in Mörfelden muß in Kürze für ca. 6 Millionen Mark saniert und erneuert werden. Die zulässige und genehmigte Fördermenge unserer Wasserwerke ist bereits jetzt schon erreicht. Sportplätze fehlen und die Sporthallen sind das ganze Jahr aus-gebucht.

Die Kosten für Infrastrukturmaßnah-men sind so gewaltig, daß jede Er-weiterung der Stadt ihren Bürgern nichts mehr nützt. Die vermehrten Einnahmen an Steuern sind nur Scheineinnahmen, die auf anderem Gebiet sofort wieder ausgegeben wer-den müssen. Heinz Hechler

NASSAUISCHE HEIMSTÄTTE
FR. 25.7.92
Wohnen in Mörfelden
Eigenheime in Mörfelden
van-Gogh-Straße/
Emil-Nolde-Weg

Die Lage
Im schönsten Teil von Mörfelden, direkt am nordwestlichen Stadtrand, entstehen in der van-Gogh-Straße und im Emil-Nolde-Weg 18 Häuser in kostensparender Bauweise.

Ihr Haus
Die Wohnfläche beträgt rd. 98 m². Die Häuser werden in Massivbauweise errichtet und sind unterkellert.

Sicherheit für Sie

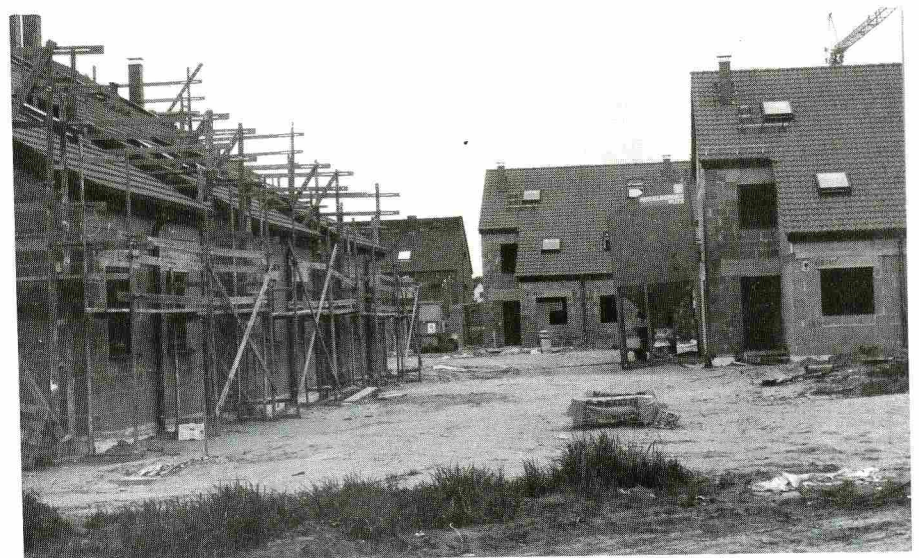
- Gewährleistung für 5 Jahre
- Sicherheit für Ihre Geldanlage
- Jahrzehntelange Erfahrung

Bei uns mehr Sicherheit

Fullpreis einloch. Garage
ab DM 433 400,-

Rufen Sie uns an
Tel.: 0 69 46 0 0 0 0

WOHNUNGS- UND ENTWICKLUNGS-GESELLSCHAFT MIT ORGAN DER STAATLICHEN WOHNUNGS-POLITIK



Hier sieht man einen Teil der im Bau befindlichen 44 Reihenhäuser im Steinweggebiet, die zum Kauf von nahezu 500.000,— DM bundesweit angeboten werden (s. nebenstehendes Inserat). Dieser Wohnungsbau verringert die Wohnungsnot in unserer Stadt kaum, sondern zieht nur Menschen, die es sich finanziell leisten können, in unsere Stadt.

Richtfest für ein Druckzentrum

Richtfest im Industriegebiet. Die Frankfurter Sozietäts-Druckerei baut seit etwa 1 1/2 Jahren an ihrem Großprojekt, das der größte Arbeitgeber in unserer Stadt wird. Ca. 450 bis 500 Leute, so hört man, werden dort Arbeit und Brot haben. Die Stadtoberen - allen voran der Kämmerer - freuen sich lautstark über die erwarteten Steuergelder. Man ist des Lobes voll, daß so viele neue Arbeitsplätze in unserer Stadt entstehen. Doch ist das ein Tatbestand, der nur Enthusiasmus entlockt?

Mit den "neuen" Arbeitsplätzen verhält es sich so nicht. Die Firma verringert mit den Investitionen ihren Personalbestand um etwa 40 bis 50. Der Sozialplan wird sich durch die Lohn-

kosteneinsparungen in weniger als einem Jahr selbst finanzieren. Fehlschluß also, wenn man Sozietät von sozial herleitet. (Übrigens: Die Streikbrecher wurden bei der "Sozie" jüngst mit einer Uhr belobigt.)

Nach Fertigstellung des Druckzentrums wird auch der Siedlungsdruck merklich zunehmen, die Mietpreise dürften wieder klettern. Viele der Beschäftigten wohnen in Frankfurt oder im Osten oder Westen der Stadt. Sie möchten, bedingt durch die schlechte öffentlichen Verkehrsanbindung, möglichst nah am Arbeitsplatz wohnen.

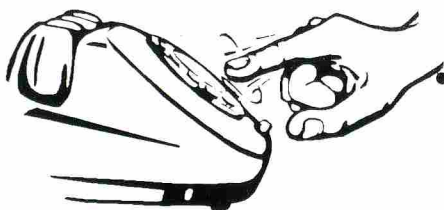
Auch die Verkehrsbelastung auf unseren Straßen wird zunehmen, obwohl man annehmen kann, daß der meiste Autoverkehr über die nahe Autobahn abgewickelt wird.

Die Druckerei wird Wassergroßverbraucher sein. Neben Farbe verbraucht das Druckverfahren auch

Wasser. Da Drucker immer noch ein "schmutziger" Beruf ist, wird nach jeder Schicht geduscht. Man kann schätzen, daß ca. 100 cbm Wasser am Tag verbraucht werden - ergeben bei 360 Produktionstagen 36.000 cbm Wasser im Jahr. Das erscheint bei ca. 1,9 Mill. cbm Förderleistung (in 1990) nicht viel, doch wird dies die Problematik unserer Wasserversorgung verschärfen. Aufgrund der höheren Zuwächse im Verbrauch - verursacht durch Neuansiedlung - stehen Investitionen im Wasserwerk Mörfelden von ca. 6 Mill. DM an. Das wird - man kann sicher sein - auf die Wasserpreise Auswirkung haben.

Die Stadtverordneten und der Magistrat waren zum Richtfest geladen. Wenn sie alle genannten Fakten bedenken, dann müßten sie eigentlich feststellen, das ein solches Fest nicht unbedingt ein Freudenfest sein kann.

OH



... einfach anrufen!

Sicher haben Sie auch schon oft gedacht - »das wär was für den blickpunkt«.

Also, demnächst einfach anrufen!

Tel. 23366, 22362, 3335, 3859.

DKP

Linke Opposition bleibt notwendig!

... dran denken am 7. März 1993

Schildbürgerstreich

Seit Jahren ist festzustellen, daß bei öffentlichen Gebäuden für die Körperbehinderten nachgebessert werden mußte. Neben Ampelanlagen für Sehbehinderte, wurden Rampen am Sportlerheim, Bürgerhaus, Rathaus Walldorf etc. errichtet, Randsteine wurden an manchen Stellen abgesenkt. So wurde beim "Goldenen Apfel" ebenfalls eine Rampe für Rollstühle geschaffen. Wir trauten unseren Augen nicht, als

wir sahen, daß über dieser Rampe ein Holzpodest steht, damit die Bedienung des Biergartens die Speisen durchs Küchenfenster in Empfang nehmen kann. Man kann sicher heute kritisieren, daß die Architekten keine Lösung für die Gastronomie fanden, doch daß man deshalb eine Rollstuhlrampe einfach außer Funktion setzt, sehen wir als skandalös an.

Im übrigen scheint dort manches nicht richtig zu sein. Moniert wird,

daß der Container für Küchenabfälle Geruchsprobleme verursacht - eine geeignete Müllbox scheint zu fehlen. Die Gerätschaften des Biergartens-Zapfanlage etc. - sind der Witterung ausgesetzt und "vergammeln"...

Der "Goldene Apfel", ein Aushängeschild unserer Stadt, sollte nachgebessert werden.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt!

Kommunalwahl 7. März 1993 - Demokratie braucht Opposition

Weil du arm bist, mußt du früher sterben!

Schon jetzt müssen Dialyse-Patienten für den Transport ins Krankenhaus zuzahlen, schon jetzt gibt es Zuzahlungen bei Kuren, im Krankenhaus. Schon jetzt sind chronisch Kranke, Familien mit Kindern besonders belastet. Da kommt der Minister einer Partei mit dem "C" im Namen daher und drückt den "Kleinen" noch eins drauf! Jetzt soll es erneut teurer werden, gesund zu werden oder zu bleiben. Zehn Mark Eintritt fürs Wartezimmer, elf Mark pro Tag im Krankenhaus. Dabei blättert ein Normalverdiener immerhin über 250 Mark Krankenkassenbeitrag im Monat hin. Zu wenig - heißt es. Das muß gestopft werden. Von wem? Vom Patienten, denn die Medizin wird für ihn teurer: Zehn Prozent vom Verkaufspreis - mindestens aber drei Mark pro Mittel. Da wird so mancher auf einen Arzt-

besuch verzichten, mancher eine dringend notwendige Konsultation hinausschieben, weil das Geld nicht reicht, weil die Wohnung ja schon so teuer ist, weil die anderen Lebenshaltungskosten ständig klettern, weil man gelegentlich ja auch noch anderes zum Leben braucht als Brot, Wohnung und die Finanzierung der Arzthonorare. Ach ja - die sollen auch nicht mehr ganz so schnell steigen. Nur noch im Rahmen der allgemeinen Teuerungsraten. Wie bei ganz normalen Bürgern. Allerdings von einem etwas höheren Level aus.

"Gruselkatalog" hat der Chef der Arbeiterwohlfahrt die Reformpläne genannt. Gruselig deshalb, weil das Sprichwort "Weil du arm bist, mußt du früher sterben", nach wie vor stimmt.

Da tröstet es die Patienten wenig, daß auch andere kürzer treten sollen. Mit Sicherheit wird die Pharmaindustrie auch morgen Super-Profite erreichen. Die 10000 herumreisenden Vertreter der Pillenhersteller werden sie dabei unterstützen.

Ärzte, Zahnärzte, Pharma-Industrie, Apotheker und andere Leistungsanbieter sollen auch ab 1993 sparen. An wem? Richtig, die Versicherten werden es schon zu spüren bekommen. Denn alle, die mit unserer Gesundheit Geld verdienen, werden es weiter tun. Denen fällt schon was ein.

Man merkt, wir treiben immer mehr auf eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu: Arm und krank oder reich und gesund.

Wenn dann noch die unterschiedlichsten Gebührenerhöhungen - auch auf kommunaler Ebene - auftauchen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn immer mehr Menschen ins soziale Abseits kommen. Stadtkämmerer sollten gelegentlich dran denken.

Ein Gespenst geht um . . .

Seit die konservativ-liberale Koalition 1982 die Regierung übernahm, gehen die "Gespenster des Kapitals" um. Mit "Expertenkommissionen" und "Gutachten" wird versucht, das Terrain zurückzugewinnen, was durch die Gewerkschaften in den Jahren zuvor "erobert" wurde. Zur besseren Kapitalverwertung und der ökonomischen Aufteilung Osteuropas werden die Arbeitnehmer auch noch zur Kasse gebeten. Da steigen die Krankenkassenbeiträge, die Arbeitslosenversicherung, da wird Benzin, Strom, Versicherungen, öffentl. Nahverkehr und Post teurer, da steigen die kommunalen Gebühren u. Beiträge überproportional, die Mehrwertsteuererhöhung kommt im nächsten Jahr. Die Regierenden denken laut: Graf Lambsdorff, Möllemann, Waigel und Wissmann, aber auch SPD-Vorsitzender Engholm doziert, daß das soziale Netz nicht weiter auszudehnen sei. (Vielleicht will er sich so hoffähig machen für die große Koalition.) Mit den Forderungskatalogen des BDA, des DIHT und der Albrecht-Thesen, des Lambsdorff-Papiers, der Orientierungspunkte des Wirtschaftsrates der CDU und den

"Deregulierungsforderungen" der Regierung haben die, die das Sagen in unserem Land haben, "Expertenaussagen" formuliert, die das neu regulieren sollen, was den Unternehmen die Gewinne schmälert. Einige Beispiele, die schon heute Gesetz geworden sind:

- Abbau der Schutzrechte Jugendlicher
 - Anhebung der Altersgrenze
 - Abbau der Arbeitnehmerschutzrechte
 - Einschränkung der Sozialplanpflichten nach dem BetrVG
 - Verstärkter Einsatz von Teilzeitarbeitskräften, Job-sharing und Zeitarbeitsverträgen
- Im sozialen Bereich wurden die Kosten "umverteilt" und Leistungen verringert:
- Nettolohnorientierung der Renten
 - Senkung der Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit, besonders für Kinderlose
 - Mehrmalige Erhöhung der Mehrwertsteuer
 - Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge für Rentner
 - Selbstbeteiligung bei Kuren

- Abbau des Mietrechts
- Ausweitung der Selbstbeteiligung im Gesundheitswesen etc.

Damit ist aber nicht genug. Die Herren denken weiter. Die Kataloge werden in Teilen ständig von irgendwelchen Leuten verlaublich. Mal fordert jemand die längere Arbeitszeit (sowohl Wochen- als auch Lebensarbeitszeit), mal sind die Karenztage Gesprächsstoff, mal will jemand die Anrechnung von Kuren auf den Jahresurlaub, mal soll es auch unter dem Tariflohn Beschäftigung geben können oder weniger Urlaub oder Verringerung der Jahresleistungen (natürlich nur, wennes den Unternehmen schlecht geht), mal will jemand die ersatzlose Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes, mal Kürzungen beim Wohngeld, mal denkt jemand über die Einführung von Teilzeitarbeit für Kranke nach, mal sollen die Wegeunfälle aus der Unfallversicherung herausgenommen werden...

Alle diese Vorschläge bedeuten weiteren Sozialabbau, Durchlöcherung des sozialen Netzes. Sie fördern die neue Armut. Sie wird größer werden, wenn nicht denen auf die Finger geklopft wird, die den sozialen Frieden stören und ihre Angriffe in aller Öffentlichkeit vorbereiten. rd

Immer mehr Deutsche stehen vor dem Nichts

4,2 Millionen Menschen leben von Sozialhilfe

In Deutschland leben immer mehr Menschen am Rande des Existenzminimums. Zur Zeit sind nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) rund 4,2 Millionen Menschen auf Sozialhilfe angewiesen - vier Millionen in den alten und über 200.000 in den neuen Bundesländern: Tendenz zunehmend. Damit stieg die Zahl derjenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten können, innerhalb von 20 Jahren um mehr als das Zweieinhalbfache (1970: 1,48 Millionen), während die Kosten für die Hilfe sogar von 2,9 Milliarden 1969 auf 31,6 Milliarden DM 1990 auf das Zehnfache anschwellen.

Die Armutsschwelle errechnet nach dem Durchschnitts-Netoeinkommen liegt in der Bundesrepublik bei derzeit 530 DM monatlich.

Seien es früher vor allem kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Behinderte und alte Menschen gewesen, so seien heute auch immer mehr Ausländer, alleinstehende Männer und Frauen ohne familiäre Einbeziehung und vor allem auch junge Menschen davon betroffen.

Als Hauptursachen für die Verarmung nennen die Experten immer wieder Arbeitslosigkeit und den drastischen Mangel an bezahlbaren Wohnungen.

Diese genannten Fakten sind auch alle auch im Rhein-Main-Gebiet und in unserer Stadt zu finden. Daran sollten gelegentlich auch die Kommunalpolitiker der SPD, GBL und CDU denken, wenn wieder einmal Gebührenerhöhungen auf der Tagesordnung stehen.

Solche Briefe müßten öfter geschrieben werden

Mörfelden, 10. April 1992

An den
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Herr Norbert Blüm
Postfach
5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Minister

Ich wende mich an Sie, weil das Gesundheitswesen (und vor allem die "Reformen" desselben) in Ihre Verantwortung fallen. Diesem Schreiben habe ich einen Scheck über DM 116.60 beigelegt. Der Grund ist einfach:

Ich leide an Myopie, landläufig als "Kurzichtigkeit" bekannt. Alle zwei Jahre brauche ich eine neue Brille - so auch jetzt.

Bei der Wahl meiner Brillengläser habe ich auch diesmal zu entspiegelten, hochbrechenden Gläsern gegriffen. Ich fahre beruflich viel mit dem Auto - auch nachts - und möchte nicht mit unentspiegelten Gläsern eine Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer darstellen.

Die hochbrechenden Gläser habe ich deshalb gewählt, weil normale sehr viel dicker und schwerer sind (haben Sie schon einmal Normalgläser für 9 Dioptrien auf der Nase gehabt?) Das gibt üble Druckstellen, und ich möchte nicht auch noch beim Hautarzt Patient werden. Bei der Wahl des Gestells habe ich mich nicht - wie ein Werbespot der Kassen es darstellt - für "Mode" entschieden. Ich arbeite in einer internationalen Spedition und habe viel mit internationalen Kunden zu tun. Meinen Kunden kann ich nicht mit einer Gasmaskenbrille gegenüber treten, wie Sie sie tragen. Als deutscher Politiker können Sie damit wohl eine gewisse Unverwechselbarkeit erreichen bei mir wären meine Kunden (und meine Geschäftsleitung) anderer Meinung.

Mein Optikermeister hat mir diesmal folgende Rechnung aufgemacht:

2 Brillengläser:	DM 711,90
1 Gestell:	DM 340,00

Zusammen:	DM 1051,90

Davon übernimmt meine Krankenkasse, die AOK, gerade mal DM 48,30 pro Glas und DM 20,- für das Gestell. Das sind 11,08%!

Sie werden verstehen, daß ich das im Verhältnis zum Gesamtbetrag (und angesichts meiner Beiträge und Steuern) als Almosen betrachte. Ich werde Sie schon rechtzeitig unterrichten, wenn es soweit ist, daß ich auf Almosen angewiesen bin.

Einstweilen jedoch, Herr Minister, können Sie sich die 116 Mark - mit Verlaub - in den Hintern stecken.

Mit freundlichen Grüßen Alfred J. Arndt
Kirchgasse 2a, Mörfelden



DAUERBRENNER RADWEGE



Das war einmal ein Radweg

Der schon mehrmals bemängelte und nun schon das zweite Jahr unbefahrbare Radweg entlang der B 486 zwischen Mörfelden und Mönchbruch.

Mittlerweile fahren viele Bürger, dazu gehören auch Opel-Arbeiter, wieder mit dem Rad zur Arbeit. Aber es wird ihnen sehr schwer gemacht. Sie müssen sich Schleichwege durch den Wald und an Autobahnübergängen suchen. Mehrere "Opeler" haben uns nochmals auf diesen Mängel aufmerksam gemacht.



Hat hier ein Radfahrer sein Fahrrad abgestellt, weil der Radweg zu Ende ist? Eine typische Situation in Mörfelden-Walldorf, aufgenommen im Zille-Ring. Auf der Fahrt in Richtung Stadtmitte, muß er hier eine stark befahrene Straße überqueren. Er findet keine Randsteinabsenkungen vor, die ihm das Überqueren erleichtern und kommt auf eine Fortsetzung des Radweges der ihn aber nicht zur Unterführung der Bahn an der Ringstraße führt. Solche Kuriositäten sind in unserer Stadt keine Seltenheit.

Sie stopfen sich die Taschen voll und ziehen dem Volk das letzte Hemd aus

Fast täglich kann man aus den Medien entnehmen, daß unsere sogenannten Volksvertreter sich nicht schämen, wenn sie sich selbst die Taschen füllen, aber andererseits Beschlüsse fassen, die die Masse der Bürger sehr hart treffen. Da liest man, und das ist sicher immer nur die Spitze des Eisberges, die an das Tageslicht kommt, von Dienstwagen, die Spitzenpolitiker (Süßmuth) auch für Privatfahrten ihrer Ehegatten zur Verfügung stellen, oder von riesigen Gehältern gewisser Aufsichtsratsmitglieder, die am lautestem schreien, wenn die Arbeiter und Angestellten Lohnerrhöhungen fordern. Es wird berichtet von den sogenannten "Diäten-Selbstbedienungsläden" der Landesparlamente die dann nach Empörung aus dem Volk, zum Teil wieder zurück-

genommen werden müssen, wie in Hamburg und Hessen geschehen. Dieser Tage konnte man von großzügigen Renten- und Versicherungsansprüchen der Treuhand-Manager lesen. Dort bekommt ein 47-jähriger Abteilungsleiter bis zu 24.000 DM im Monat und erhält nach Ausscheiden aus dem Amt schon nach einem Jahr, bei Erwerbsunfähigkeit, monatlich 4.230,- DM zuzüglich einer Rente von jährlich 30.000,- DM. Bei einem Unfall sogar noch eine Kapitalzahlung von 250000 Mark. Auch unser Bundeskanzler schlug jüngst kräftig zu, als er sich einen Dienstwagen für 420.000,- DM genehmigte und wünscht sich, mit allen Raffinessen und Komfort ausgestattete, Dienst-Jets. Eine fünfprozentige Kürzung der Ministergehälter hatte er nur angekündigt, sie aber bald wieder zurückgenommen. Auch der Saarländische Ministerpräsident Lafontaine ist ins Gerede gekommen. Er hatte in seinen verhältnismäßig noch jungen Jahren zu seinen Amtsbezügen als Regierungschef, jahrelang Pensionszahlungen für Pensionsansprüche früherer Oberbürgermeister-tätigkeit erhalten, die inzwischen 300.000,- DM betragen. Das sich in die

Tasche arbeiten geht bis in die unteren Etagen. Dagegen hecken die gleichen Kreise immer neue Tricks aus um die Arbeiter und Angestellten, die Rentner und die Kranken, zu schröpfen. So hat jetzt der neue Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) sein sogenanntes Elf-Milliarden-Mark-Sparpaket für die gesetzlichen Krankenkassen vorgestellt. Kern der Reform, die 1993 in Kraft treten soll, ist eine stärkere Selbstbeteiligung der Patienten an den Kosten. Vorgesehen ist eine Beteiligung der Kranken an allen Arzneimitteln in Höhe von 10 % (drei bis zehn Mark). Das betrifft auch die bisher zahlungsfreien Festbetragsmedikamente. Im Krankenhaus sollen die Patienten für die gesamte Dauer des Aufenthaltes täglich elf Mark bezahlen. Auch der Zahnersatz wird teurer und wie dieser Tage im Stern zu lesen war, arbeiten die Deutschen fast die Hälfte des Monats bereits für Vater Staat. Den Rentnern billigt man, trotz Steigerung der Lebenshaltungskosten von nur 2,7% Erhöhung zu.

Merken wir uns das auch bei den kommenden Kommunalwahlen.

Heinz Hechler

Kriegsgewinnler

"Die teuren Bundesländer" nennt der westliche Volksmund mittlerweile das Beitrittsgebiet. Milliarden schwere Steuern und Abgabenerhöhungen lassen ein explosives Gemisch an Vorurteilen entstehen, gegen das alle Solidaritätsappelle machtlos werden könnten. Und wie der Zufall so spielt, sind es nicht die Spitzenverdiener, sondern die Masse der Arbeitnehmer, die zur Kasse gebeten werden. Drei Viertel des Solidaritätszuschlags zur Lohn- und Einkommenssteuer werden von den Arbeitern und Angestellten aufgebracht. Die Hilfe zugunsten der östlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung in Höhe von 70 Milliarden DM wird ausschließlich von den Beitragszahlern aufgebracht; Beamte und Selbständige bleiben von den Lasten der sozialen Einheit verschont. Die Mehrwertsteuer trifft in erster Linie und mit voller Wucht die niedrig Verdienenden. Nutznießer sind nicht in erster Linie die Beschäftigten in den neuen Bundesländern, sondern westdeutsche Unternehmer und Vermögensbesitzer.

Zum Beispiel: Allein im Jahre 1991 haben westliche Unternehmer die neuen Bundesländer mit Waren in Höhe von 207 Milliarden DM überschwemmt und in dieser Höhe den östlichen Betrieben Aufträge und Arbeit abgejagt. Mehr als eine Million Arbeitsplätze wären erhalten geblieben, wären diese Aufträge in den neuen Bundesländern geblieben.

Aus diesem gigantischen Konjunkturprogramm für die West-Unternehmer und -Banken zogen die Selbständigen und Vermögensbesitzer in den

letzten zwei Jahren rund 150 Milliarden DM Extragewinne. Nur ein Bruchteil dieser Gewinne fließt als Investition wieder in den Osten zurück; 1991 waren es 25 Milliarden, 1992 werden's 35 Milliarden sein.

Ein Teil der Extragewinne ist Folge von Zinssteigerungen infolge der öffentlichen Kreditaufnahme. Wer Geldvermögen und verzinsliche Wertpapiere besitzt, steht im warmen Regen wachsender Zinseinnahmen. Allen voran die Banken.

Mehr als eine Million Alteigentümer und Erben haben bereits über zwei Millionen Rückerstattungsansprüche angemeldet. Meist handelt es sich um Grund und Boden, oft auch um Betriebe, sämtlich um Vermögen, das längst abgeschrieben ist und für das in den alten Bundesländern Lastenausgleich kassiert worden war. Die steigenden Grundstückspreise beschieren ihren neuen Eigentümern Vermögenszuwächse, die insgesamt 200 Milliarden DM ausmachen dürften. Das alles ist die wundersame Folge des Eigentums, das der Einigungsvertrag

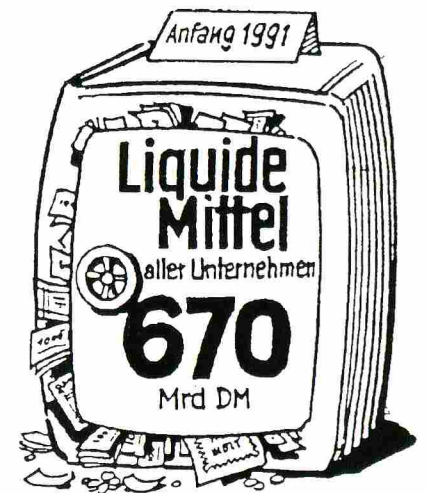
und die religionsartig verehrte Marktwirtschaft zum Allerheiligsten von Staat und Gesellschafterhoben haben. Vergessen ist der Auftrag des Grundgesetzes: "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen."

(Aus: "Forum",
Zeitschrift der IG Medien)



Polit-Pensionäre

Wer als Berufstätiger in der privaten Wirtschaft Fehler macht, muß oft schmerzhaft Konsequenzen tragen. Anders in Bonn. Die Bezüge der vorzeitig in den Ruhestand "getretenen" politischen Beamten erreichen bereits einen dreistelligen Millionenbetrag. Nach Informationen der Nachrichtenagentur AP bezieht ein Ministerialdirektor in den ersten drei Monaten seines Ruhestandes die vollen Bezüge von 11.543 Mark monatlich plus Familienzulage von 1.253 Mark. Anschließend erhält er fünf Jahre lang 75 Prozent. Ein Staatssekretär im Ruhestand erhält zunächst 15.052 Mark. Bundesverteidigungsminister a.D. Stoltenberg erhält neben Diäten und Grundentschädigung von insgesamt knapp 16.000 Mark zusätzlich noch 11.127 Mark als Ministerpension.



Lustreisen

Wer weiß es nicht - völlig ungeniert bedienen sich die Abgeordneten im Bundestag und in den Länderparlamenten aus der Diätenkasse. Da wird zwar oft von "maßhalten" geredet, aber die Bonner Kaste hat bislang nichts getan, was nach Sparen klingt. Sie scheint auch nicht bereit, Auskunft zu geben, was ihre Lustreisen kosten. Wenn die fleißigen Abgeordneten zum Wohl des Bürgers Müllverbrennungsanlagen in Mexiko oder öffentliche Bedürfnisanstalten in Paris besichtigen. Die Exotrips, äußerst anstrengend, dienen der Allgemeinheit. Sagen die reisenden Volksvertreter, die vor zwei Jahren sechs Millionen Mark verfahren haben. Man gönnt sich ja sonst nichts.

blickpunkt



Unser
Spendenkonto:

Kreissparkasse
Groß-Gerau,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Stadtgeschichten



Ein prächtiger, 1,60 Meter dicker Eichenstamm auf dem Gefährt von Adam Jungmann (rechts im Bild), in Mörfelden auch "Hampeter" genannt. Die Eiche war für den Küfer und Gastwirt Wilhelm Dickhaut (links) bestimmt, der sie zu Faßdauben verarbeitete. Bis 1955 wurden von ihm, dem letzten Mörfelder Küfer, noch Eichenfässer gefertigt. Später stellte er nur noch die Einzelteile, die Dauben, her und lieferte diese an die Küfer und Winzer über den Rhein.

Wie uns Wilhelm Dickhaut erzählte, war es der Stamm der mehrere hundert Jahre alten "Bergwegseiche", die im Wald in der Nähe des Hauses "Creter" stand.

Das Bild entstand 1960 in der Langgasse in Mörfelden vor dem Gasthaus Wiesental. Im Hintergrund ist noch die Rückfront der einstigen "Burgk und Schenkstatt" zu sehen, die vor vielen Jahren abgerissen wurde um Platz zu schaffen für den HL-Markt.



Herzliche Einladung an alle »blickpunkt«- Leserinnen und Leser!

Am 20. Juni feiern wir im Hof des »Goldenen Apfel« unser 19. Grillfest. Bei unserem ersten Grillfest 1974 waren solche Feiern noch nicht so üblich - heute ist im Sommer eigentlich jeden Samstag irgendwo was los. Gerade die Nachbarschaft des »Goldenen Apfels« weiß ein Lied davon zu singen. Deshalb werden wir die Musik diesmal auch wieder ganz leise drehen.

Wir wollen mit diesen Festen den Kontakt zu unseren Freunden und Wählerinnen und Wählern, zu allen Bewohnern unserer Stadt festigen. Selbstverständlich freuen wir uns auch, wenn an den Tischen Vertreter anderer Parteien Platz nehmen.

Es ist gut, daß dies in unserer Stadt noch üblich ist.

Sicher werden wir auch in diesem Jahr viele Anregungen für den »blickpunkt« und unsere Parlamentsarbeit erhalten. Unsere kommunalen Schwerpunkte bleiben die Sozial- und Umweltpolitik. (Wir legen uns z. B. quer, wenn es um Gebührenerhöhungen geht und wir streiten aktiv

gegen alle Erweiterungspläne des Flughafens.)

In der Fraktion und mit unserer monatlich erscheinenden Stadtzeitung »blickpunkt« verstehen wir uns als linke Opposition.

Nach der Kommunalwahl, im März '93, wollen wir diese traditionelle Politik fortsetzen. Deshalb wollen wir als »DKP - Offene Liste« antreten.

**Das wichtigste für jetzt
aber:
Viel Spaß beim Grillfest '93!**